

WEIL WIR'S KÖNNEN.

BEZIRKSKONFERENZ DER JUSOS OBERFRANKEN

- BESCHLUSSLAGE -

SAMSTAG, 13. FEBRUAR 2016

MÜNCH-FERBER VILLA, HOF



Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS.....	II
IMPRESSUM	III
DIE RICHTLINIEN FÜR DIE JUSO-BEZIRKSARBEITSGEMEINSCHAFT BEZIRKSVERBAND OBERFRANKEN	IV
AP I: ARBEITSPROGRAMM DER JUSOS OBERFRANKEN 2016/2017	1
LA I: WEIL WIR'S KÖNNEN.	3
ANTRAGSBEREICH ARBEIT	8
A I: GESETZLICHE ARBEITSZEITREGELUNGEN ZUM SCHUTZ DER ARBEITNEHMER*INNEN ENTSCHIEDEN VERTEIDIGEN!	- 8 -
A II: AUCH TARIFLOHN FÜR STUDENTISCHE MITARBEITER_INNEN	9
ANTRAGSBEREICH BILDUNG.....	- 9 -
A III: DIGITALE KOMPETENZ IN DER SCHULE VERMITTELN.....	10
ANTRAGSBEREICH MEDIEN	- 10 -
A V: BUDAPEST CONVENTION ON CYBERCRIME	10
A VI: STAATSUNABHÄNGIGER BAYERISCHER RUNDFUNK ZUM SCHUTZ DER PRESSEFREIHEIT. -	12
-	
ANTRAGSBEREICH PARTEI	- 14 -
A VII: TRANSPARENTE WAHLVERFAHREN BEI DER SPD – NEIN ZUR ELEKTRONISCHEN WAHLGERÄTEN	15
A VIII/I: MITGLIEDERBEGEHREN.....	15
A VIII/II: MITGLIEDERBEGEHREN.....	16
A IX: WIR SIND DIE ZUKUNFT DER SPD.....	16
ANTRAGSBEREICH PFLEGE UND GESUNDHEIT.....	- 18 -
A X: § 7 ABS. 3 PFLEGEZG ANPASSEN - GROßELTERN DER EHEPARTNER_INNEN/ LEBENSPARTNER_INNEN/ PARTNER_INNEN EINER EHEÄHNLICHEN ODER LEBENSPARTNERSCHAFTSÄHNLICHEN GEMEINSCHAFT UNTER § 7 ABS. 3 DES PFLEGEZG AUFNEHMEN.....	- 18 -
A XI: SUPERMARKTREFORM – WENIGER STRESS BEIM EINKAUFEN.....	19
ANTRAGSBEREICH STRAßENVERKEHR	- 21 -
A XIII: STANDARDISIERUNG VON ABSCHLEPPÖSEN	21

Impressum

Jusos Oberfranken

Bezirksvorsitzender Sebastian H. Fischer

Willy Brand Haus

Sonntagsanger 9

96450 Coburg

Die Richtlinien für die Juso-Bezirksarbeitsgemeinschaft Bezirksverband Oberfranken

I. Grundsätze

1. Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen ist eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatus der SPD.
2. Die Tätigkeit der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen ist Teil der Parteiarbeit. Organisatorische Grundlage sind die „Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“.

II. Aufgaben

Die Arbeitsgemeinschaft der Jusos hat insbesondere folgende Aufgaben:

- innerhalb der Jugend für den demokratischen Sozialismus zu wirken;
- die Arbeit der SPD auf allen Gebieten im Sinne des Programms der Partei zu unterstützen;
- politische Aufklärung besonders unter den Jungwählern und Jungwählerinnen zu betreiben;
- politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit durchzuführen;
- durch Kontakte mit anderen Jugendverbänden auf nationaler und internationaler Ebene zur Solidarität zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, Rassen und Kulturen beizutragen.

III. Organe der Jusos auf Bezirksverbandsebene

1. Organe der Jusos auf Bezirksverbandsebene sind die Bezirkskonferenz und der Bezirksvorstand.

2.a. Die Bezirkskonferenz hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Kontrolle der Arbeit des Juso-Bezirksvorstands
- Beratung über den Gleichstellungsbericht
- Beschlussfassung über gestellte Anträge
- Wahl des Juso-Bezirksvorstands
- Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten des Bezirksverbandes für die Kleine Landeskonferenz
- Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten des Bezirksverbandes für die Landeskonferenz

b. Sie setzt sich zusammen aus:

- 40 von den Unterbezirkskonferenzen gewählten Delegierten. Von den 40 Mandaten werden 20 Grundmandate gleichmäßig auf die Unterbezirke verteilt, die restlichen 20 Delegierten verteilen sich nach dem Verfahren Hare-Niemeyer nach der Zahl der Jusomitglieder (das heißt alle SPD Mitglieder, die das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und alle Nur-Juso Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Jusos) der Unterbezirke. Zugrunde liegt die Mitgliederzahl des letzten Quartals vor der Einberufung. Bei gleicher Anzahl werden Überhangmandate gebildet.
- dem Vorstand der Bezirksarbeitsgemeinschaft.

c. Mit beratender Stimme nehmen an der Bezirkskonferenz teil:

- die beratenden Mitglieder des Bezirksvorstands.

d. Die Bezirkskonferenz findet alljährlich statt. Sie wird vom Juso-Bezirksvorstand unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung und der auf die Unterbezirke entfallenden Delegiertenzahl spätestens sechs Wochen vorher einberufen. Der Antragsschluss wird vom Bezirksvorstand festgelegt.

e. Auf Beschluss von 2/3 der Mitglieder des Bezirksvorstands oder auf Antrag von 3 Unterbezirken findet eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. In diesem Fall beträgt die Einberufungsfrist einen Monat. Fachkonferenzen können mit halbem Delegiertenschlüssel einberufen werden.

3a. Der Bezirksvorstand führt die Beschlüsse der Bezirkskonferenz aus. Er erledigt die laufenden Geschäfte und vertritt die Bezirksarbeitsgemeinschaft in der Öffentlichkeit.

b. Der Bezirksvorstand setzt sich zusammen aus:

- dem Vorsitzenden (Sprecher) oder der Vorsitzenden (Sprecherin)
- zwei stellvertretenden Vorsitzenden
- einer von der Bezirkskonferenz festgelegten Anzahl von Beisitzerinnen und Beisitzern, die als Referentinnen und Referenten einzelne Sachgebiete verantwortlich betreuen.

Der Bezirksvorstand ist jährlich zu wählen. Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, kann der Bezirksvorstand freiwerdende Aufgabenbereiche einem kommissarischen Vertreter oder einer kommissarischen Vertreterin zuweisen.

- c. An den Sitzungen nehmen mit beratender Stimme teil:
- die Mitglieder des Bezirksverbands im Landes- und Bundesvorstand der Jusos,
- die Vorsitzenden der Unterbezirke und Kreisverbände sowie ein Vertreter oder eine Vertreterin der Juso-Hochschulgruppen,
- Mitglieder des Bundestags und des Landtages, die dem Bezirksverband der Jusos angehören.

4. Der Frauenarbeitskreis hat Antragsrecht zur Bezirkskonferenz.

IV. Wahlen, Gleichstellung

1. Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD. Bei allen Wahlen ist im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit notwendig.

2. Die Beratung der Bezirkskonferenz erfolgt nach dem Prinzip der quotierten Redeliste. Hierbei erhalten Männer und Frauen jeweils abwechselnd und nach der Reihenfolge der Wortmeldung das Wort. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, so ist die Debatte beendet, wenn seit Beginn oder seit der letzten Fortführung der Debatte wenigstens drei Redebeiträge erfolgten. Auf Antrag kann die Debatte fortgeführt werden. Wird Gegenrede gegen einen Antrag auf Fortführung erhoben, sind bei der Abstimmung über den Antrag auf Fortführung dann nur Frauen stimmberechtigt, wenn seit Beginn oder letzter Fortführung der Debatte keine Frau zur Sache gesprochen hatte. Werden mehrere Gegenreden erhoben, hat die Gegenrede einer Frau Vorrang. Zwischen Gegenrede und Abstimmung sind Wortmeldungen nicht zulässig.

3. Mindestens 40% der Mitglieder aller Vorstände und aller Delegationen müssen Frauen sein. Bei der Zahl der mindestens zu wählenden Frauen ist, außer bei den Gesamtzahlen 1 und 3 – aufzurunden. In nicht quotierten Delegationen haben überzählige Männer nur beratendes Stimmrecht.

4. Alle Vorstände beraten mindestens einmal jährlich über die Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen in ihrem Verantwortungsbereich. Der Bezirksvorstand legt jeder ordentlichen Bezirkskonferenz einen Gleichstellungsbericht vor.

Diese Richtlinien treten am Tag nach der Genehmigung durch den Vorstand des Bezirksverbands der Partei in Kraft.

III. Ziffer 4. aufgenommen am 24.4.1994; IV. Ziffer 5. ergänzt am 23.4.1995; III. Ziffer 3 geändert am 13.1.2001; III. Ziffer 3c. geändert am 7.3.2003; III. Ziffer 2.a. geändert am 7.3.2003; III. Ziffer 2.a. geändert am 19.2.2005; IV. Ziffer 5. gestrichen am 19.2.2005; III Ziffer 2b geändert am 2.2.2013; III Ziffer 2d geändert am 2.2.2013;

1 AP I: Arbeitsprogramm der Jusos Oberfranken 2016/2017

2 Antragsteller: Bezirksvorstand

3 1. Einleitung

4 Die Jusos Oberfranken sind ein sozialistischer, feministischer, antifaschistischer und antimili-
5 taristischer Jugendverband. Aus unserem Selbstverständnis heraus sind wir nicht brave,
6 gleichgeschaltete Jugendorganisation der SPD. Wir arbeiten selbstständig und entwickeln un-
7 sere eigenen Inhalte. Diese bringen wir selbstbewusst in den Meinungsbildungsprozess der
8 SPD ein. Es ist unser Anspruch, durch progressive Inhalte und Anträge die SPD im Sinne einer
9 linken Arbeitnehmer_innen-Partei weiterzuentwickeln. Wir betrachten den „Drang zur Mitte“
10 mit großer Sorge. Nur echte linke Inhalte und Mut zum Kante zeigen wird der ehrenwürdigen
11 Tradition der SPD als Partei der Arbeiter_innen-Bewegung gerecht. Nur echte linke Inhalte
12 und Mut zum Kante zeigen wird spürbare Verbesserungen für die Arbeiter_innen, Geringver-
13 diener_innen, Rentner_innen und Erwerbslose bewirken. Das muss der Maßstab für unsere
14 Arbeit sein.

15 2. Arbeitsschwerpunkte der Jusos Oberfranken 2016/2017

16 Im vergangenen Jahr hatten wir drei Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenschwerpunk-
17 ten. Diese Arbeit soll kontinuierlich und langfristig fortgesetzt werden. Daher gibt die Bezirks-
18 konferenz dem Bezirksvorstand der Jusos Oberfranken vor, folgende Arbeitsgruppen einzu-
19 setzen.

20 2.1 Netzpolitik

21 Netzpolitik bleibt ein wichtiges Thema. Die Welt wird stetig digitaler. Das ist eine große Her-
22 ausforderung für alle Politikfelder. Arbeitsrecht, innere und äußere Sicherheit sowie For-
23 schung und Innovation sind hier als Beispiele zu nennen. Der Breitbandausbau ist eine große
24 Herausforderung für die ländlichen Gebiete Oberfrankens. Schnelles Internet ist ein wichtiger
25 Standortfaktor. Die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgruppe Netzpolitik wird fortgeführt.

26 2.2 Pflege

27 Die Unterstützung pflegender Angehöriger bekommt einen besonderen Stellenwert in der
28 Pflege. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des demographischen Wandels.
29 Außerdem wird pflegebedürftigen Personen ermöglicht, bis zum Lebensende in ihrem ge-
30 wohnten und vertrauten Umfeld leben zu können. Da die Pflege von pflegebedürftigen Perso-
31 nen eine extreme körperliche Belastung darstellt, muss die Arbeit der pflegenden Angehöri-
32 gen unterstützt und verbessert werden. Wir Jusos Oberfranken werden uns in der Vorstands-
33 periode 2016/2017 dezidiert mit den Aspekten hinsichtlich pflegender Angehörigen beschäf-
34 tigen, um diesen Teil im Bereich der Laienpflege besser kennenzulernen und die Probleme
35 adäquat angehen zu können.

36 2.3 Bundestagswahl 2017

37 Im Jahr 2017 stehen die nächsten Wahlen zum Bundestag an. Hierfür wird es in der Partei
38 wieder eine Programm-Debatte geben. Wir Jusos Oberfranken werden uns in der Vorstands-
39 periode 2016/2017 dezidiert mit den inhaltlichen Aspekten hinsichtlich eines Wahlprogramms
40 beschäftigen, um uns über die Jusos Bayern sowie die SPD in die Programmdebatte einbringen
41 zu können. Wir wollen linke Impulse setzen.

42 Außerdem erarbeitet die Arbeitsgruppe ein Wahlprogramm für die Oberfranken SPD, das im
43 Oktober bei der oberfränkischen Reihung der Bundestagsabgeordneten als Antrag einge-
44 bracht werden soll. Weiterhin wird ein jugendpolitisches Wahlprogramm entworfen, das bei

45 der Bezirkskonferenz 2016 diskutiert wird. Dieses soll der Leitfaden für die Kampagne der
46 Jusos Oberfranken sein.

47 3. Arbeit mit der SPD sowie anderen Verbänden und Organisationen

48 3.1 Die SPD

49 Die Jusos sind die Jugendorganisation der SPD. Wir gehören zur SPD und wollen diese in un-
50 serem Sinne beeinflussen und verändern. Daher werden wir uns weiterhin über unsere_n Ver-
51 trter_in im SPD-Bezirksvorstand in die Entscheidungsfindung der Oberfranken-SPD einbrin-
52 gen.

53 3.2 Juso-Landesverband

54 Die Jusos Oberfranken sind bisher mit zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden im Landes-
55 vorstand der Jusos Bayern vertreten. Dort übernehmen diese wichtige Aufgaben, wie die Bil-
56 dungsarbeit. Außerdem stellen wir die Sexismusbeauftragte. Die Jusos Oberfranken sind im
57 Landesverband personell und inhaltlich stark verankert. Das soll weiterhin so bleiben.

58 3.3 Andere Verbände und Organisationen

59 Die Jusos Oberfranken haben im vergangenen Jahr durch die Teilnahme am Fußballturnier
60 gegen Rechts angefangen, sich mit örtlichen anderen politischen Gruppierungen, wie der Grü-
61 nen Jugend Kreis Hof, zu vernetzen. Diese Kontakte sollen oberfrankenweit ausgebaut wer-
62 den. Dafür sollen auch im Bezirksvorstand Überlegungen stattfinden, wie solche beispielhaf-
63 ten Kooperationen in allen Unterbezirken gefördert beziehungsweise umgesetzt werden kön-
64 nen.

65 4. Öffentlichkeitsarbeit

66 4.1 Medienarbeit

67 Die Medienarbeit der Jusos Oberfranken muss besser ausgebaut werden. Das Ziel ist weiter-
68 hin, einmal im Monat eine Medieninformation zu versenden. Dabei ist aber darauf zu achten,
69 dass nicht auf Gedeih und Verderb Medieninformationen herausgegeben werden. Pressemit-
70 teilungen müssen thematisch und vom Zeitpunkt her gezielt gesetzt werden.

71 Die Bezirkskonferenz der Jusos Oberfranken, bittet die Unterbezirke und Kreisverbände, Ter-
72 mine, Berichte, Medieninformationen und Bilder an den Bezirksvorstand zu senden. Dann
73 werden diese auf der Homepage und über Facebook im Internet veröffentlicht. So können die
74 Untergliederungen auch von der höheren Reichweite und Aufmerksamkeit, die der Jusos-Be-
75 zirk bietet, profitieren.

76 4.2 Internet

77 Im Internet bedienen wir Jusos Oberfranken zwei Schienen: unsere Homepage, die wie ein
78 Blog aufgebaut ist, und die sozialen Netzwerke „Facebook“ und „Twitter“. Über das Internet
79 wird die Medienarbeit begleitet. Auf der Homepage werden weiterführende Informationen
80 und Termine veröffentlicht. Die erfolgreiche Arbeit soll weitergeführt werden.

81 4.3 Rotes Blättla

82 Das „Rote Blättla“ ist das Print-Organ der Jusos Oberfranken. Es bietet die Möglichkeit, eigene
83 Themen und Meinungen zu setzen. Nach der Reaktivierung des „Roten Blättla“ im Dezember
84 2015, soll es in unregelmäßigen Abständen, angestrebt wird ein Quartalsrhythmus, geben. Da
85 es aus Kostengründen nicht möglich ist, an alle Mitglieder ein Exemplar zu versenden, wird
86 das „Rote Blättla“ als PDF-Newsletter per E-Mail versendet. Es wird zusätzlich auf der Home-
87 page der Jusos Oberfranken in drucker-geeigneter Qualität, zum Download angeboten.

1 LA I: Weil wir's können.

2 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

3 Weiterleitung an: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress; SPD Bezirksparteitag, SPD

4 Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

5 Einleitung

6 Gleichstellung ist für uns ein wichtiges Thema. Darunter verstehen wir bisweilen die Gleich-
7 stellung von Frauen und Männern. Geschlechter sind jedoch nicht in einem Schwarz-Weiß
8 Schema zu sehen. Über die Bestimmung von Geschlechtern gibt es mittlerweile weiterge-
9 hende Literatur, die hier in Einzelheiten und Grund der Komplexität nicht wiedergegeben wird.
10 Festzuhalten bleibt jedoch, dass der Begriff Gleichstellung nicht lediglich auf die Beziehung
11 beziehungsweise Bestimmung des Schema Mann-Frau zu verstehen ist. Daher sind bei dem
12 Thema Gleichstellung die Gruppen Transgender mit einzubeziehen. Gleichstellung ist außer-
13 dem eng mit den Themen Homo- bzw. Bisexualität verbunden. Gleichgeschlechtliche Fami-
14 lien-Gestaltungen sind daher auch unter dem Oberthema Gleichstellung zu berücksichtigen.

15 Gleichstellung in Gesellschaft und Partei

16 *Gleichstellung in der Gesellschaft*

17 *Gender-Pay-Gap, Mindestlohn und schlechte Bezahlung in weiblich dominierten Berufen*

18 Laut statistischen Bundesamt betrug 2014 der „Gender-Pay-Gap“, also der Brutto-Lohn-Un-
19 terschied von Frauen und Männern 22 Prozent. Das heißt, dass Frauen im Schnitt 22 Prozent
20 weniger verdienen als Männer. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Einführung des Mindest-
21 lohns sich auf den „Gender-Pay-Gap“ auswirkt. Daher wird das Thema Mindestlohn und Ver-
22 dienst an dieser Stelle erst einmal ausgeklammert.

23 Jedoch ist es offensichtlich das in Berufen, in den häufig überwiegend Frauen tätig sind und
24 welche meistens soziale Berufe sind, die Bezahlung meistens prekär und im Schnitt immer
25 unter der Bezahlung von männlich dominierten Berufen liegt. Soziale Berufe sind jedoch wich-
26 tig für unsere Gesellschaft. Angefangen von Erzieher_innen über Krankenpfleger_innen hinzu
27 Altenpfleger_innen werden diese in unserer Gesellschaft wenig wertgeschätzt. Dieses drückt
28 sich dann natürlich auch in der schlechten Bezahlung sowie den oft schlechten Arbeitsbedin-
29 gungen (Hohe Wochenarbeitszeit, Überstunden, etc.) aus. Wir fordern daher, dass soziale Be-
30 rufe aufgewertet werden. Die Bezahlung sowie die Arbeitsbedingungen müssen sich dramati-
31 sche verbessern. Dies ist ein erster Weg um Lohnunterschiede zwischen Männer und Frauen
32 weiter abzubauen.

33 *Gute Arbeit für Familien - Frauenquote*

34 Ein wichtiger Punkt beim Thema Gleichstellung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
35 Hier zeigt sich eine strukturelle Hürde, gerade für die Gleichstellung von Frauen, da diese oft-
36 mals sowohl erwerbstätig sind als auch den größten Teil der sog. Care-Arbeit, also z.B. der
37 Kinderbetreuung leisten. Auch und gerade bei alleinerziehenden Elternteilen spielt die Ver-
38 einbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle. Daher muss unsere Gesellschaft auf alle
39 Fragen, die sich aus den unterschiedlichen individuellen Lebensentwürfen der Menschen er-
40 geben, Antworten bereithalten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit ein
41 gleichberechtigtes und chancengleiches Berufsleben gewährleisten.

42 Ein wichtiger Schritt war die eingeführte Frauenquote in den Aufsichtsräten. Ab 2016 müssen
43 börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen alle Aufsichtsratsposten zu
44 30 Prozent mit Frauen besetzt sein. Gelingt das nicht, bleiben entsprechende Männerplätze

45 leer. Auch in Unternehmen des öffentlichen Dienstes, in denen der Bund mitbestimmen kann
46 wurde die Frauenquote, ab 2018 sogar eine 50-prozentige, eingeführt.

47 In anderen Unternehmen des öffentlichen Dienstes und in Unternehmen, die börsennotiert
48 oder mitbestimmungspflichtig sind, wird durch die große Koalition auf eine Selbstverpflich-
49 tung, allerdings bis zum mittleren Management gesetzt. Diese Regelung geht uns nicht weit
50 genug. Daher fordern wir verpflichtende Frauenquoten auch für diese Unternehmen bis zum
51 mittleren Management.

52 Kritiker_innen der Frauenquoten bringen an, dass der Staat hier zu stark eingreift. Aber nur
53 eine gesetzlich verpflichtende Quotenregelung wird zu einem Umdenken in der Gesellschaft
54 führen. Es muss endlich normal werden, dass auch Frauen Führungspositionen erfolgreich ein-
55 nehmen und ausfüllen können.

56 *Gute Arbeit für Familien – Kinderbetreuung und Wochenarbeitszeit*

57 Es reicht jedoch nicht aus, nur die gesetzlichen Regelungen zu schaffen. Es müssen auch die
58 gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Eben das ist der Unterschied zwi-
59 schen Gleichberechtigung und Gleichstellung.

60 Deshalb muss sichergestellt werden, dass jede_r seine/ihre Kinder an geeigneten und qualifi-
61 zierten Betreuungseinrichtungen anmelden kann. Es muss das Ziel sein, dass der Staat in der
62 Theorie für jedes Kind einen Betreuungsplatz schaffen kann. Hierbei soll der Staat aber nie-
63 manden zwingen, sein/ihr Kind in eine Betreuungseinrichtung zu geben.

64 Diese Betreuungsplätze müssen als Ganztageskonzepte konzipiert sein. Überdies ist es wich-
65 tig, dass sie sehr flexibel gestaltet werden. Von den Arbeitnehmer_innen wird stetig mehr
66 Flexibilität gefordert. Hierauf muss dann aber auch die Kinderbetreuung ausgerichtet werden.
67 Es muss zum Beispiel möglich sein, die Bring- und Abholzeiten kurzfristig flexibel bestimmen
68 und gestalten zu können. Auch die Schichtarbeit ist in die Gestaltung der Betreuungseinrich-
69 tungen mit einzubeziehen. In jeder Stadt, in der Unternehmen, die Schichtarbeit von Ihren
70 Beschäftigten einfordern, ansässig sind, sind Schichtkindergärten – auch für Nachtschichten –
71 zu errichten. Die betreffenden Unternehmen sind an der finanziellen Ausstattung zu betei-
72 ligen. Schließlich sind es die Unternehmen, die ihren Arbeitnehmer_innen die Konditionen der
73 Arbeitszeiten diktieren. Sie sind für diese ursächlich verantwortlich.

74 Kinderbetreuung hört nicht beim Kindergarten auf. Auch die Schullandschaft in Deutschland
75 muss anders gestaltet werden. Ganztagschulen sind weiter auszubauen. Auch bei „Halbtags-
76 Schulen“ muss die Betreuung im Anschluss an den Unterricht – zumindest bis zur Mittelstufe
77 – gesichert sein. Die Kosten hierfür sind nicht auf die Eltern umzulegen. Die Volkswirtschaft in
78 der Bundesrepublik Deutschland profitiert von den Zuständen, also hat sie auch solidarisch
79 die Kosten zu tragen.

80 In der heutigen Gesellschaft wird immer wieder eines deutlich: Den Menschen fehlt Zeit. Zeit
81 für Freizeit und Familie. Der Mensch scheint nur noch die Aufgabe zu haben, das Bruttoin-
82 landsprodukt zu steigern. Von diesem profitieren jedoch nur wenige reiche Personen. Die per-
83 sönliche Entfaltung sowie die aktive Gestaltung des eigenen Lebens, außerhalb der Erwerbs-
84 tätigkeit, gerät immer mehr in den Hintergrund. Diese Entwicklung zeigt sich z.B. deutlich in
85 der gemeinsam verbrachten Zeit innerhalb der Familien oder aber an der Ausübung von Eh-
86 renämtern bzw. an der aktiven Teilhabe am Vereinsleben.

87 Mehr Zeit der Menschen können wir nur schaffen, indem wir die maximale Wochenarbeitszeit
88 reduzieren. Daher fordern wir, eine gesetzliche Höchstgrenze von 35-Zeitstunden Arbeitszeit
89 pro Woche. Außerdem müssen die Arbeitnehmer_innen das Recht haben, jede Überstunde

90 zu erfassen und als Freizeitausgleich geltend zu machen. Hier darf es keine Schlupflöcher für
91 die Arbeitgeber_innen geben.

92 *Mehr Frauen in Mint-Berufe führen*

93 Als Mint-Berufe bezeichnet man Berufe in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwis-
94 senschaft und Technik. Nur 10 Prozent der Auszubildenden in diesem Bereich sind Mädchen.
95 Im Studium beträgt der Frauenanteil 20 Prozent in den Studiengängen des MINT-Bereichs.
96 Letztendlich kommt man in den MINT-Bereichen auf einen Frauenanteil von 14 Prozent.

97 Es ist unser Ziel, den Frauenanteil in den MINT-Berufen zu erhöhen. Nach unserer Auffassung
98 gibt es keine Berufe, die nur für Frauen oder nur für Männer geeignet sind. Die Berufswahl soll
99 sich an persönlicher Eignung und Neigung orientieren und nicht am Geschlecht der Bewer-
100 ber_innen oder Interessent_innen.

101 Oft wird aber Kindern immer noch das traditionelle Familienbild in die Wiege gelegt. Die Ge-
102 sellschaft hat hier schon an entscheidenden Stellen nachjustiert. So sind in Schulbüchern in
103 Textaufgaben zum Beispiel Frauen in technischen Berufen vertreten, um die Kinder und Ju-
104 gendliche für Gleichstellung zu sensibilisieren.

105 Das reicht jedoch noch nicht. Oft trauen sich auf Grund der gesellschaftlichen Prägung Frauen
106 und Mädchen nicht zu, in technische Berufe einzusteigen. Daher fordern wir, dass Mädchen
107 und Frauen in den Schulen, in der Ausbildung und im Studium durch Förderprogramme für
108 MINT-Berufe sensibilisiert werden sowie in ihrem Interesse und ihren Fähigkeiten bestärkt
109 und gefördert werden.

110 In diesem Zusammenhang ist es wichtig, in der gesamten Gesellschaft die Akzeptanz von
111 Frauen in MINT-Berufen zu steigern. Hierzu sind erstens die Lehrpläne an den Schulen ent-
112 sprechen anzupassen sowie zweitens besondere Persönlichkeiten, die in den MINT-Berufen
113 erfolgreich sind, öffentlich hervorzuheben. Menschen benötigen Vorbilder an denen sie sich
114 orientieren.

115 Es ist nicht so, dass die Gesellschaft gänzlich der Meinung ist, Frauen sollten nicht in den MINT-
116 Bereichen arbeiten. Hier hat sich im letzten Jahrzehnt einiges getan. Doch man hört, gerade
117 in kleinen handwerklichen Betrieben, dass diese die gesetzlichen Auflagen (Toiletten, Dusch-
118 räume, etc.) nicht erfüllen könnten. Mit dieser Aussage muss sich die Politik auseinanderset-
119 zen: hier müssen die betreffenden Betriebe durch Fördergelder besser unterstützt werden.
120 Gerade in kleinen Firmen muss, um auf dem Markt zu bestehen, so spitz kalkuliert werden,
121 dass Umbauten für die jeweiligen Betriebe alleine nicht zu stemmen sind.

122 *Anonymisierte Bewerbungen*

123 Geschlecht, Alter, Nationalität, Hautfarbe und Religion sind Eigenschaften, die dazu führen,
124 dass man aus den Bewerbungsprozess sofort ausgeschlossen wird, da Vorurteile hier das Ent-
125 scheidungskriterium sind. Frauen mit Kindern werden in Bewerbungsverfahren oft benachtei-
126 ligt, dies belegte die Antidiskriminierungsstelle. Dabei sollte doch eigentlich, derjenige/dieje-
127 nige die Stelle bekommen, der/die am besten qualifiziert ist. Dies ist leider in unseren Unter-
128 nehmen oft nicht der Fall.

129 Daher fordern wir gesetzlich vorgeschriebene anonymisierte Bewerbungsverfahren bei al-
130 len Unternehmen, in denen keine Frauenquote gilt.

131 *LGBTI*

132 In der heutigen Gesellschaft sind alle Menschen, unabhängig der geschlechtlichen Einordnung
133 oder der sexuellen Präferenzen, als gleichwertig anzusehen und mit denselben Rechten aus-
134 zustatten.

135 Zu diesem Thema gehört für uns auch die Adoption von Kindern. Familie entsteht durch Zu-
136 neigung und Vertrauen, nicht durch Geschlecht. Deshalb fordern wir, dass auch gleichge-
137 schlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen.

138 Einen großen rechtlichen Nachteil haben homosexuelle Menschen beim Thema „Ehe“. Wir
139 fordern, dass zukünftig eine vollwertige Zivilehe auch zwischen gleichgeschlechtlichen Ehe-
140 partnern möglich ist, mit allen Pflichten und Rechten, die dazugehören. Homosexuelle Paare
141 wollen keine Sonderstellung, sie wollen einfach nur gleich sein. Wir fordern unsere Bundes-
142 tagsabgeordneten auf, den Gesetzesentwurf des Bundesrates zur gleichgeschlechtlichen Zivil-
143 ehe zu unterstützen. Unsere sozialdemokratische Grundüberzeugung muss höher wiegen als
144 die Koalitionsrason. Wir werden uns nicht für die Macht verkaufen und unser Credo über Bord
145 werfen.

146 Wir stellen die Frage, warum überhaupt ein Geschlecht im Ausweis stehen muss. Es ist uns
147 klar, dass man einen Menschen zur Identifikation an äußerlichen Merkmalen festmachen
148 muss. Das Geschlecht ist jedoch kein rein äußerliches Merkmal. Wir fordern, dass zukünftig,
149 kein Merkmal „Geschlecht“ mehr im Ausweis steht.

150 *Ehegatten-/Familiensplitting*

151 Das Ehegattensplitting fördert eine veraltete Vorstellung vom Bild von Familien von Haupt-
152 und Zuverdienenden in einer Ehe. Das halten wir nicht für zielführend. Wir wollen das Ehegat-
153 tensplitting abschaffen und viel mehr steuerlich dort fördern, wo Kinder sind. Ansonsten soll
154 in Ehen die individuelle Besteuerung beider Ehepartner_innen gelten.

155 *Gleichstellung in der Partei*

156 In einer Redensart heißt es, wer anderen etwas vorschreiben will, muss erst einmal vor der
157 eigenen Haustüre kehren. Bei den Jusos ist die Gleichstellung vorangetrieben und akzeptiert.
158 Die Jusos bezeichnen sich selbst als feministischer Richtungsverband. Das ist gut so.

159 Die Jusos haben auch, zusammen mit der AsF, der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokrati-
160 schen Frauen, in die Partei eingewirkt. Die SPD hat sich für eine Geschlechterquote entschie-
161 den. Für diese gibt es auch gute Argumente. Wir Jusos halten dennoch an der Frauenquote
162 fest.

163 Der Knackpunkt bei der SPD-Regelung ist, dass, wenn vom unterrepräsentierten Geschlecht
164 keiner Bewerber_innen mehr vorhanden sind, die Plätze mit Bewerber_innen vom anderen
165 Geschlecht aufgefüllt werden. Bei den Jusos hingegen fallen in einem solchen Fall entspre-
166 chend zu wählende Plätze weg. Das macht die Geschlechterquote der SPD weniger verbind-
167 lich. Der Sinn der Quote ist es, auch die Männer zu sensibilisieren, mehr Frauen zu fördern. Es
168 ist Sache der SPD, und ein Ergebnis des demokratischen Meinungsbildungsprozesses, dass sie
169 sich für die Geschlechterquote entschieden hat. Aber die Quote der SPD muss wirklich ver-
170 bindlich werden. Daher fordern wir, dass der Bundesvorstand dem Bundesparteitag einen sat-
171 zungsändernden Antrag vorlegt, der die Quote verbindlich macht: Wenn vom unterrepräsen-
172 tierten Geschlecht keine Kandidat_innen mehr vorhanden sind, müssen so viele Plätze in den
173 zu wählenden Vorständen und Delegationen wegfallen, bis die Quote wieder erfüllt ist.

174 Noch immer sind die Debatten der Parteitage bei den meisten Themen von Männern domi-
175 niert. Wir begrüßen, dass sich das Präsidium am Bundesparteitag 2015 in Berlin für eine quo-
176 tierte Redeliste entschieden hat: Solange Frauen sich zu Wort gemeldet haben, wurde Frauen
177 und Männern alternierend das Wort erteilt. Danach redeten meist nur noch Männer. Wir for-
178 dern, dass die quотиerte Redeliste nach dem Vorbild der Jusos auch auf dem den Parteitag
179 der SPD verpflichtend eingeführt wird.

180

181 Forderungen

182 Die Gesellschaft ist in Sachen Gleichstellung auf einem guten Weg, aber lange nicht am Ziel
183 angekommen. Wir als die Fordernden müssen dabei mit gutem Beispiel vorgehen und als
184 Partei vor unserer eigenen Haustüre kehren. Daher fordern wir:

- 185 1. Wir fordern eine gesetzliche Frauenquote bis zum mittleren Management in allen börsen-
186 notierten oder mitbestimmungspflichtigen Unternehmen.
- 187 2. Es muss das Ziel sein, dass der Staat in der Theorie für jedes Kind einen flexiblen Ganz-
188 tags-Betreuungsplatz schaffen kann. Hierbei soll der Staat aber niemanden zwingen,
189 sein/ihr Kind in eine Betreuungseinrichtung zu geben. Das oberste Credo des Staates
190 muss es sein, jedem/jeder seine/ihre Lebens- und Familiengestaltung selbst zu bestim-
191 men. Der Staat muss aber auf jede Art der Lebensgestaltung eine Antwort haben.
- 192 3. Die Unternehmen, die von Ihren Arbeitnehmer_innen Flexibilität und Schichtarbeit
193 verlangen, sind an den Kosten der Ganztagsbetreuung zu beteiligen.
- 194 4. Auch an den Schulen ist bis zur Mittelstufe eine Ganztagesbetreuung zu gewährleisten.
- 195 5. Die Kosten der Ganztagesbetreuung sind solidarisch von der gesamten Gesellschaft zu
196 tragen, da schließlich auch die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit von den Auswirkun-
197 gen des profitiert.
- 198 6. Wir fordern eine gesetzliche Höchstgrenze von 35-Zeitstunden Arbeitszeit pro Woche.
199 Außerdem müssen die Arbeitnehmer_innen das Recht haben, jede Überstunde zu er-
200 fassen und als Freizeitausgleich geltend zu machen. Hier darf es keine Schlupflöcher
201 für die Arbeitgeber_innen geben.
- 202 7. In den Schulen, in der Ausbildung und im Studium werden Förderprogramme für MINT-
203 Berufe eingerichtet, um Mädchen und Frauen für technische Berufe zu sensibilisieren
204 sowie sie in ihrem Interesse und in ihren Fähigkeiten zu bestärken und zu fördern. Da-
205 mit sie sich mehr trauen.
- 206 8. Die Lehrpläne an den Schulen müssen geändert werden, um die Akzeptanz von Frauen
207 in den MINT-Berufen zu steigern.
- 208 9. Besondere Persönlichkeiten, die in MINT-Berufen erfolgreich sind, sollen in der Öffent-
209 lichkeit hervorgehoben werden, um jungen Frauen und Mädchen als Vorbilder zu die-
210 nen.
- 211 10. Die gesetzlichen Auflagen für handwerkliche Betriebe hinsichtlich Toiletten, Dusch-
212 räume etc. müssen genau analysiert Der Staat muss die betreffenden Betriebe mit fi-
213 nanziellen Transferleistungen fördern, um die Auflagen verwirklichen zu können.
- 214 11. Zukünftig soll in Ausweisen kein Merkmal „Geschlecht“ mehr stehen.
- 215 12. Adoptionsrecht für Regenbogenpaare
- 216 13. Das Institut der Ehe wird auch gleichgeschlechtlichen Paaren zugänglich gemacht, mit
217 den gleichen Pflichten und Rechten.
- 218 14. Abschaffung des Ehegattensplitting
- 219 15. Unsere Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, der Gesetzesvorlage der Bun-
220 desländer zur gleichgeschlechtlichen Ehe zuzustimmen, auch wenn die große Koalition

221 dadurch gefährdet wird. Unsere sozialdemokratische Grundüberzeugung, unser
222 Credo, wiegt höher als der Koalitionsvertrag.
223 16. Die Quotenregelung in der SPD wird verbindlicher gestaltet. Sind nicht genügend Be-
224 werber_innen des unterrepräsentierten Geschlechts vorhanden, fallen so viele zu be-
225 setzenden Plätze weg, dass die Quote wieder erfüllt ist. Der Bundesvorstand hat dem
226 Bundesparteitag einen entsprechend ausgearbeiteten satzungsändernden Antrag zur
227 Abstimmung vorzulegen.
228 17. Auf den Parteitag der SPD wird die quotierte Redeliste verpflichtend eingeführt.

Antragsbereich Arbeit

1 A I: Gesetzliche Arbeitszeitregelungen zum Schutz der Arbeitneh- 2 mer*innen entschieden verteidigen!

3 Antragsteller: Juso-Stadtverband Coburg

4 Weiterleitung an: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress; SPD Bezirksparteitag, SPD
5 Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

6 Immer wieder kommt es vor, dass Arbeitgebervertreter und Unternehmensverbände massiv
7 Kritik am deutschen Arbeitszeitgesetz äußern. Zu unflexibel, zu altmodisch, nicht auf die glo-
8 balisierte Arbeitswelt abgestimmt sind hier noch die moderatesten Verunglimpfungen.

9 Dabei wird von Arbeitgeber*innen verkannt, dass das deutsche Arbeitszeitgesetz Flexibilität
10 durch Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen ermöglicht. Aber gerade das scheint
11 offensichtlich in Zeiten von Tarifflicht, Betriebsratsfressern, Union Busting etc. nicht im Inte-
12 resse aller Arbeitgeber*innen zu sein.

13 Diesen Angriffen auf das Arbeitszeitgesetz mit dem Ziel hin zu einer 24-Stunden-Verfügbarkeit
14 von Arbeitnehmer*innen gilt es entschieden entgegen zu treten, denn das Arbeitszeitgesetz
15 dient in erster Linie der Sicherheit und dem Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen
16 und nicht unternehmerischen Interessen.

17 Aus unserer Sicht ist es vielmehr dringend notwendig den permanenten Verfügbarkeitsdruck,
18 der auf vielen Arbeitnehmer*innen lastet, zu minimieren und nicht etwa bestehende Grunds-
19 ätze eines bewährten Arbeitszeitgesetzes aufzuweichen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Fa-
20 milie ist eines der zentralen Aufgabenfelder der Zukunft und die Möglichkeit für Unterneh-
21 mer*innen sich attraktiv für gut ausgebildete junge Menschen, die zunehmend auf eine aus-
22 geglichene Work-Life-Balance Wert legen, aufzustellen

23 Wir begrüßen daher ausdrücklich die guten Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages im Dezem-
24 ber 2015 auf diesem Politikfeld. Allerdings enthalten die Beschlüsse nach unserer Lesart auch
25 (ungewollt?) Passagen, insbesondere in den Ausführungen zu einem „neuen Flexibilitätskom-
26 promiss“ und der Definition eines neuen „Normalarbeitsverhältnisses“, die Gefahren für be-
27 stehende Arbeitszeitregelungen bedeuten können. Auch wurde ein klares Bekenntnis zur ge-
28 setzlichen Festlegung des Acht-Stunden-Tages und einer Höchstarbeitszeit erst durch eine Er-
29 gänzung der Antragskommission in den Antragstext des Beschluss Nr. 17 „Die Arbeitswelt
30 der Zukunft gestalten - Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik“ aufge-
31 nommen.

32 **Wir fordern daher, das deutsche Arbeitszeitgesetz entschieden gegen Angriffe von Arbeit-**
33 **gebervertreter*innen und Unternehmensverbänden zu verteidigen, eine Aufweichung be-**
34 **stehender Regelungen abzulehnen sowie für eine gesetzlich auf acht Stunden pro Tag be-**
35 **beschränkte Arbeitszeit einzutreten!**

1 A II: Auch Tariflohn für Studentische Mitarbeiter_innen

2 Antragsteller: Juso Unterbezirk Bamberg

3 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

4 In den meisten Ländern gilt für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Tarifvertrag. Die-
5 ses erstreckt natürlich auch auf die Hochschulen in Deutschland, an denen der Tarifvertrag
6 der Länder Wissenschaft (TV-L) gilt. Ausgenommen von diesem Tarifvertrag sind jedoch an
7 den Hochschulen die studentischen Mitarbeiter_innen. Die Bezahlung von studentischen Mit-
8 arbeiter_innen richtet sich nicht nach den bestehenden Tarifverträgen. Eine Ausnahme bildet
9 hier nur Berlin. Hier existiert ein Tarifvertrag für studentischen Mitarbeiter_innen.

10 Ansonsten ist die Bezahlung von studentischen Mitarbeiter_innen föderal und somit unein-
11 heitlich geregelt. Allerdings existiert eine Richtlinie der Tarifgemeinschaft der deutschen Län-
12 der, welche Höchstsätze für die Bezahlung von studentischen Mitarbeiter_innen vorsieht.
13 Hierbei handelt sich jedoch nur um eine Selbstbindung der Länder, um sich vor gegenseitigen
14 Abwerbungsversuchen zu schützen. Die Untergrenze der Bezahlung ist seit dem 01. Januar
15 2015 der allgemeine Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro. Davor waren auch Stundenlöhne
16 von weit unter 8,50 Euro an Hochschulen möglich, zum Beispiel 5 Euro die Stunde.

17 Die Ausnahme der studentischen Mitarbeiter_innen von der tariflichen Bezahlung bezie-
18 hungsweise dem Tarifvertrag wird oftmals damit begründet, dass diese durch ihre Arbeit in
19 Wissenschaft und Forschung in einer Art Ausbildungsverhältnis stehen und Einblicke in den
20 Wissenschaftsbetrieb bekommen. Jedoch greift diese Sichtweise viel zu kurz. Vielmehr sind
21 studentische Mitarbeiter_innen heute an den Hochschulen nicht mehr wegzudenken. Sie
22 übernehmen oftmals wichtige Aufgaben an Lehrstühlen, Instituten und Forschungseinrichtun-
23 gen. Dabei verrichten sich häufig auch anspruchsvollere Aufgaben jenseits von einfachen Bo-
24 tengängen und Kopieren wie Literaturrecherche, redaktionelle Mitarbeit bis hin zu eigenstän-
25 digen Forschungsarbeit sowie das eigene Abhalten von Lehrveranstaltungen. Daneben sind
26 viele studentische Mitarbeiter_innen vermehrt in Verwaltung, Technik und Bibliotheken tätig.
27 Gerade in den zuletzt genannten Bereichen sind studentische Mitarbeiter_innen nicht in For-
28 schung und Lehre tätig. Hier sind sie nach Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts sogar
29 tariflich zu vergüten.

30 Insgesamt leisten die studentischen Mitarbeiter_innen für den Hochschulbetrieb eine nicht zu
31 ersetzende Arbeit. Ohne diese würden viele Hochschulen größte Probleme haben, ihren Lehr-
32 und Forschungsbetrieb aufrecht zu erhalten. Oftmals leisten die studentischen Mitarbeiter-
33 Innen dafür Überstunden, die auch häufig nicht ausgeglichen oder ausgezahlt werden.

34 Vor diesem Hintergrund ist nicht zu rechtfertigen, warum studentische Mitarbeiter_innen für
35 ihre wertvolle und qualitative Arbeit untertariflich entlohnt werden sollen.

36 Daher fordern wir, dass die Ausnahme der studentischen Mitarbeiter_innen vom Tarifvertrag
37 der Länder beendet wird. Studentische Mitarbeiter_innen sind entsprechend ihrer Qualifika-
38 tion in das bestehende Entgeltsystem einzustufen. Wir fordern, dass der Tarifvertrag der Län-
39 der vollumfassend auch auf studentische Mitarbeiter_innen Anwendung findet.

Antragsbereich Bildung

1 A III: Digitale Kompetenz in der Schule vermitteln

2 Antragsteller: Arbeitsgruppe Netzpolitik des Bezirksvorstands (über den Bezirksvorstand)
3 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso Bundeskongress; SPD-Bezirksparteitag, SPD-
4 Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

5 In der heutigen Zeit entwickelt sich alles, was mit dem Digitalen Leben und dem Internet zu
6 tun hat, rasend schnell. Viele Kinder wissen bereits im Kindergarten, wie sie auf dem Tablet,
7 Computer oder auf dem Smart-Phone ihrer Eltern spielen können und besitzen in der Grund-
8 schule ihr eigenes Smartphone. Doch wer erklärt den Kindern welche Regeln Sie einhalten
9 sollen, wie Sie mit diesen Entwicklungen richtig umzugehen haben?

10 Im Freistaat Bayern gibt es das dreigliedrige Schulsystem mit Mittelschule, Realschule und
11 Gymnasium. Ebenso gibt es die Schulfächer Informationstechnologie, Informatik, Wirt-
12 schaftsinformatik, etc. An jeder Schule heißen sie anders und werden ab einer anderen Jahr-
13 gangsstufe angeboten.

- 14 • An bayerischen Gymnasien steht der Unterricht ab der 9. Jahrgangsstufe auf dem Lehr-
15 plan.
- 16 • An den Realschulen gibt es das Fach Informationstechnologie ab der 5. Jahrgangsstufe.
- 17 • An den Mittelschulen gibt es so ein Fach überhaupt nicht im Lehrplan, es ist ein Wahl-
18 pflichtfach und wird wenn überhaupt, ab der 7. Jahrgangsstufe angeboten.

19 Wir fordern daher die einheitliche Einführung eines so gearteten Faches in allen Bereichen der
20 Sekundarstufe I ab der 5. Jahrgangsstufe. Dabei ist eine Umschichtung der bestehenden
21 Lehrinhalte erforderlich. Wir erachten es als notwendig,

- 22 • SchülerInnen verstärkt in Problemfelder der digitalen Welt wie Datenschutz, Cybermob-
23 bing, Internetkriminalität und Schadsoftware einzuführen.
- 24 • digitale Kompetenzen sowohl im Gebrauch von Textverarbeitungs- und Telekommunika-
25 tionssoftware sowie Clouds als auch im elektronischen Zahlungsverkehr, im Umgang mit
26 Emails und in sozialen Medien zu vermitteln.
- 27 • Vor allem müssen Grundlagen der Urheber- und Persönlichkeitsrechte, insbesondere des
28 Rechts am eigenen Bild, im Unterricht behandelt werden. In Hinblick auf unsere grund-
29 sätzlichen Vorstellungen von Schule sind Leistungsnachweise nicht erforderlich.

Antragsbereich Medien

1 A V: Budapest Convention on Cybercrime

2 Antragsteller: Arbeitsgruppe Netzpolitik des Bezirksvorstands (über den Bezirksvorstand)
3 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz, Juso Bundeskongress; SPD-Bezirksparteitag, SPD-
4 Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPE-Europakongress

5 Die „Budapest Convention on Cybercrime“ oder auch „Budapester Konvention zur Internet-
6 kriminalität“ wurde im November 2001 von den Außenministern von 26 der heute 47 Europa-
7 rats-Mitgliedsstaaten unterzeichnet. Sie ist ein internationales Dokument, das auf die Heraus-
8 forderungen der Verbrechen im Internet hinarbeitet und den Austausch unter den Ländern
9 regeln soll. Diese Konvention feiert 2016 ihren 15. Geburtstag.

10 Verbrechen, deren Bekämpfung, in diesem Dokument international geregelt werden sollen
11 sind:

- 12 • das Versenden von Computerviren,
- 13 • Betrug,
- 14 • Geldwäsche,
- 15 • Datendiebstahl,
- 16 • die Verbreitung von illegalem Material wie Kinderpornografie und
- 17 • Urheberrechtsverstöße, beziehungsweise
- 18 • Datenpiraterie.

19 Aber auch bei der Prävention von Terroranschlägen sollen diese Bestimmungen helfen. „Cyber-Kriminalität und Cyber-Terrorismus sind eine ernsthafte Herausforderung der Gesellschaft insgesamt; die Konvention liefert die erste koordinierte und internationale Reaktion auf diese Herausforderung“, sagte Hans Christian Krüger, stellvertretender Generalsekretär des Europarats (2001). Unter anderem sollen Nutzer_innen und/oder Domain-Besitzer_innen, die gegen die Konvention verstoßen, auch über die Landesgrenzen hinweg identifiziert und aus dem Internet entfernt werden.

26 Internetkriminalität sind Straftaten, und sollen auch als diese mit Freiheitsstrafen geahndet werden. Bürgerrechtsorganisationen befürchten an dieser Stelle die Verletzung der Privatsphäre der Nutzer sowie die Weitergabe von Informationen, die in anderen Ländern beispielsweise zur Todesstrafe führen könnten. Der Datenschutz und die Privatsphäre der Bürger_innen bleibt ein großes Problem.

31 „Aus diesem Grund erscheint das Abkommen mehr wie eine ‚Wunschliste‘ von Ermittlungsbehörden als ein internationales Instrumentarium, das die bereits in anderen internationalen Abkommen festgeschriebenen Menschenrechte respektiert.“ (EPIC, Menschenrechtsorganisation).

35 Auch Länder, die nicht dem Europarat angehören, haben sich 2001 für eine Mitarbeit entschieden. Zu diesen gehören die USA, Kanada, Japan und Südafrika. Das ist an sich ein wichtiger Schritt. Jedoch wurde nur wegen den USA die rassistische Verbrechensbekämpfung aus dem Vertrag gestrichen. Hierzu gibt es ein Zusatzprotokoll, das auch rassistische und fremdenfeindliche Äußerungen im Internet unter Strafe stellt. Dies ist aber freiwillig. Einige Unterzeichner haben das nicht angenommen.

41 Viele der Länder, die diese Konvention unterschrieben haben, haben sich sehr viel Zeit bei der Umsetzung in nationales Gesetz gelassen, oder es noch immer nicht umgesetzt. Inzwischen wurden an einige der Mitglieder Mahnbriefe versandt.

- 44 1. Wir fordern daher, dass
- 45 2. die Bestimmungen der Budapest Convention on Cybercrime sowie ihres Zusatzprotokolls mit seiner antirassistischen Ausrichtung durch die legislativen Organe der EU als EU-Recht umgesetzt werden. Hierdurch wird Rechtsdurchsetzungsfähigkeit der Bestimmung für (alle) Staaten der EU geschaffen.
- 47 3. neue Formen der Internetkriminalität wie beispielsweise Identitätsdiebstahl bei diesem Gesetzgebungsprozess berücksichtigt werden.
- 49 4. zum Schutz der Bürger_Innen übliche, über die lockeren Bestimmungen der Budapest Convention on Cybercrime hinausgehende Datenschutz- und Privatsphäre-Regelungen im Gesetzgebungsprozess berücksichtigt werden.
- 51 5. auch das Thema Terrorismusbekämpfung Eingang in den Gesetzgebungsprozess der EU findet.
- 52 6. die EU-Kommission neue Entwicklungen der Internetkriminalität verfolgt und ggf. entsprechende Gesetzesneuerungen vorantreibt.
- 57

1 A VI: Staatsunabhängiger bayerischer Rundfunk zum Schutz der Presse- 2 freiheit

3 Antragsteller: Juso-Unterbezirk Bamberg-Forchheim

4 Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz; SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

5 Pressefreiheit – ein Begriff, der zumeist von Gegner*innen der Presse torpediert wird, um
6 sämtliche Aussagen der Presse zu negieren, um die eigene Meinung als Wahrheit darzustellen.
7 Angesichts zahlreicher, über Social-Media-Kanäle verbreitete Falschinformationen und Ver-
8 schwörungstheorien, ist eine freie Presse essenziell für die Informationsgewinnung und die
9 Sicherung der demokratischen Ordnung. Die Gremien des bayerischen Rundfunks stehen, bei
10 genauerer Betrachtung, unter Verdacht nicht staatsfern besetzt zu sein, mit entsprechenden
11 Kompetenzen mittelbar oder unmittelbar in die Inhalte und Programmgestaltung des Bayeri-
12 schen Rundfunks eingreifen zu können.

13 In diesem Antrag sollen die Gremien des bayerischen Rundfunks zur Disposition stehen. Insti-
14 tutionell gesehen, bestehen die Kontrollorgane des bayerischen Rundfunks aus 3 Teilen: dem
15 Rundfunkrat, dem Verwaltungsrat und dem/die Intendant*in des BR.

16 Laut Art. 6 des bayerischen Rundfunkgesetzes (BayRG) besteht die Aufgabe des Rundfunkrates
17 darin, aktiv für die programmatische Einhaltung des Kultur- und Bildungsauftrages des Rund-
18 funks zu sorgen. Weiterhin darf der Rundfunkrat den Intendanten*in, sowie den von ihm/ihr
19 ausgewählten Stellvertreter*in bestimmen bzw. im Fall der Stellvertreter*innen ernennen.
20 Neben der Wahl von 4 Mitgliedern des Verwaltungsrates soll das Kontrollgremium, den/die
21 Intendant*in in allen Bereichen des Rundfunks „insbesondere bei der Gestaltung des Pro-
22 gramms [beraten].“ (Art. 7 Abs. 7 BayRG). Innerhalb des Gremiums sollen alle gesellschaftli-
23 chen und politischen Kräfte bzw. Gruppen an der Kontrolle des Rundfunks beteiligt werden.
24 Weiterhin heißt es, dass „[der] Anteil der von der Staatsregierung und dem Landtag in die
25 Kontrollorgane entsandten Vertreter (...) ein Drittel nicht übersteigen [darf].“ Zunächst lässt
26 der Art. 6 keinerlei aktive Dominanz der politischen Klasse erkennen; der zweite Blick offen-
27 bart jedoch genau das Gegenteil. Die Mehrzahl, der im Rundfunkrat vertretenden Personen
28 sind direkt aus der Politik oder besitzen ein Parteibuch. Letzteres an sich ist kein Problem, aber
29 sie sind zugleich als Funktionsträger*innen tätig. Sprich, sie vertreten ganz aktiv die Interessen
30 ihrer Partei innerhalb des Rundfunkrates, anstatt sich um die Belange des Rundfunks zu sor-
31 gen. Dies ist insbesondere problematisch, da das Gremium von jenen Menschen besetzt ist,
32 welche durch die Presse (in diesem Fall der BR) kontrolliert werden sollen. Die Recherche of-
33 fenbarte folgendes Bild: 51,06% der insg. 47 Mitglieder des Rundfunkrates sind einer Partei
34 zugehörig bzw. sind direkt von der Politik als Funktionsträger*innen entsandt. Falls Personen,
35 welche in staatlich subventionierten Organisationen tätig sind, hinzugezählt werden, steigt die
36 Prozentzahl auf 63,83% an.

37 Laut Artikel 8 BayRG Verwaltungsrat besteht aus insgesamt 6 Mitgliedern, davon haben 50%
38 ein Parteibuch. 4 dieser Mitglieder werden direkt vom Rundfunkrat selbst gewählt, dürfen
39 aber diesem nicht selbst angehören. Weiterhin werden 2 Vertreter*innen vom Landtag ent-
40 sendet: der/die Präsident*in des Landtages, sowie dem Präsidenten des Verwaltungsgerichts-
41 hofes. Primär ist der Verwaltungsrat für Vertragsabschlüsse, insbesondere mit dem/der Inten-
42 dant*in zuständig. Weiterhin vertritt der Verwaltungsrat den BR bei Rechtsangelegenheiten,
43 prüft den vorgelegten Haushaltsplan und überwacht die Geschäftsführung des besagten In-
44 tendant*in. Auch hier ist somit eine aktive Überzahl und Einfluss der Politik direkt gegeben.

45 Der/die Intendant*in wird vom Rundfunkrat für fünf Jahre gewählt (mit einfacher Mehrheit).
46 Die primäre Aufgabe des männlichen/weiblichen Intendant*in liegt darin, die Geschäfte des
47 Bayerischen Rundfunks zu führen und diesen nach außen in Rechtsstreitigkeiten zu vertreten.
48 Weiterhin ist er oder sie für das Programm hauptverantwortlich und kann bei „Fällen grober
49 Pflichtverletzung oder aus sonstigen wichtigen Gründen [abberufen werden].“ (Art. 12 Abs 5
50 BayRG). Auch für die Honorierung freier Mitarbeiter*innen und Ernennung zahlreicher Direk-
51 tor*innen (u.a. für Programm und Verwaltung) ist die vom Rundfunkrat gewählte Person ver-
52 antwortlich. Auch hier zieht sich der rote Faden des politischen Einflusses durch das System
53 und diesen Antrag.

54 Der bayerische Rundfunk ist allein anhand der Gremien als nicht-staatsfern zu bezeichnen. Im
55 schlimmsten Fall kann die Politik Intendanten*innen ernennen und entlassen, falls diese ihnen
56 zu kritisch sind. Zudem besitzt die Politik eine aktive Beratungsfunktion für das Programm des
57 BR, was auch inhaltliche Punkte einschließen kann. Dies widerspricht Art. 5 Abs 1. GG, laut
58 jenem die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film ge-
59 währleistet werde und keine Zensur ausgeübt werden darf. Institutionell gesehen, ist dies im
60 BR jedoch möglich. Bereits im Februar 1994 kritisierte das Bundesverfassungsgericht in einem
61 Urteil die aktuell institutionell mögliche Maßregelung des Rundfunks durch die Politik: *„Art 5
62 Abs. 1 Satz 2 GG schließt es aus, dass der Staat unmittelbar oder mittelbar eine Anstalt oder
63 eine Gesellschaft beherrscht, die Rundfunksendungen veranstaltet (...) Dieser Schutz bezieht
64 sich nicht nur auf die manifesten Gefahren unmittelbarer Lenkung oder Maßregelung des
65 Rundfunks. Er umfasst vielmehr auch die subtileren Mittel indirekter Einwirkung, mit denen
66 sich staatliche Organe Einfluss auf das Programm verschaffen oder Druck auf die im Rundfunk
67 Tätigen ausüben können. Der Staat besitzt solche Mittel, weil er es ist, der im Interesse des
68 Normziels von Art.5 Abs.1 GG den Rundfunk organisiert, konzessioniert, mit Übertragungskapazitäten
69 versieht, beaufsichtigt und zum Teil auch finanziert. Als Teil der Staatsgewalt unter-
70 liegt auch das Parlament öffentlicher Kontrolle. Da diese wesentlich von der Freiheit der Me-
71 dien abhängt, darf dem Parlament über die funktionssichernden gesetzlichen Programmvor-
72 gaben hinaus ebenfalls kein Einfluss auf Inhalt und Form der Programme der Rundfunkveran-
73 stalter eingeräumt werden. Gerade wegen der Abhängigkeit der grundrechtlich den Rundfunk-
74 anstalten zugewiesenen Programmgestaltung von der staatlichen Finanzausstattung sind Fi-
75 nanzierungsentscheidungen, namentlich die Festsetzung der Rundfunkgebühr als vorrangiger
76 Einnahmequelle der Rundfunkanstalten, ein besonders wirksames Mittel zur indirekten Ein-
77 flussnahme auf die Erfüllung des Rundfunkantrags und die Konkurrenzfähigkeit des öffentlich-
78 rechtlichen Rundfunks. Auf Seiten der Rundfunkanstalten kann bereits eine drohende Verwen-
79 dung des Mittels zu Anpassung an vermutete oder erklärte Erwartungen der an der Gebühren-
80 entscheidung Beteiligten führen, die der publizistischen Freiheit abträglich wären.“* Der BR
81 kann also nicht, absolut frei das eigene Programm bestimmen, sondern ist von der Politik ab-
82 hängig, welche ihren Einfluss in allen Bereichen spielen kann und dies bereits getan hat. Dass
83 diese Behauptung nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigen folgende stichpunktartig aufgezähl-
84 ten Beispiele des BR:

- 85 • Ein Beitrag des BR vom 17.03.2011 über den wechselhaften Kurs des damaligen Um-
86 weltministers Markus Söder wurde nach Anruf der Pressesprecherin des Umwelt – und
87 Finanzministeriums Ulrike Strauß aus dem Programm genommen, aufgrund von „jour-
88 nalistischen Gründen“. Strauß erklärte auf Nachfrage, dass der Beitrag „nicht sachge-
89 gerecht“ gewesen sei und man habe dies „anmerken“ wollen. Ob die Forderung zur Ent-
90 fernung des Beitrages von ihr direkt kam, entgegnete der damalige Redaktionsleiter
91 Marder gegenüber der SZ „Das kann ich Ihnen nicht sagen.“

92 • In Folge 1449 der bayerischen Abendserie „Dahoam is dahoam“ erhielt Markus Söder
93 einen Gastauftritt. In dieser Folge hat Söder im Rahmen der Handlung Zeit über die
94 „Errungenschaften“ der CSU innerhalb Bayerns zu sprechen. Erwähnt werden u.a. die
95 Maßnahmen um junge Menschen auf dem Land zu halten (bei deren Maßnahmen der
96 Freistaat Bayern ein Vorbild sei), der Internetausbau und die medizinische Versorgung.
97 Zwar ruderte der BR zurück und wies jegliche Anschuldigungen des politischen Einflusses
98 von sich. Dennoch ist es verwunderlich, dass zum Einen die Aussagen Söders im
99 Drehbuch standen. Zum Anderen, dass der BR bei einer vor Monaten/Wochen produzierten
100 Sendung erst nach der Kritik von außen, zumindest ein wenig selbstkritisch hinterfragt
101 worden ist. Allein schon bei der Produktion hätte klar sein müssen, dass solche
102 parteipolitischen Sätze in einer überparteilichen Sendung nichts zu suchen haben dürfen.
103

104 Alle diese Beispiele zeigen sehr deutlich, wie politisch beeinflusst die öffentlich-rechtlichen
105 Gremien sind und das dieser Einfluss aktiv auf das Programm und deren Entscheider angewendet
106 werden kann. Dies widerspricht ohne jeden Zweifel dem Sinn einer freien Presse und lässt
107 den BR im schlimmsten Fall als Staatssender zurück, welcher nach außen hin jedoch, als
108 frei und unabhängig gilt, ohne dies aktiv zu sein. Genau deswegen soll dieser Antrag die Gremien
109 des Bayerischen Rundfunks nachhaltig und mit aller Konsequenz verändern.

110 **Daher fordern wir:**

- 111 • Eine Begrenzung der Anzahl der Rundfunkräte auf 24 Personen
- 112 • Die Begrenzung der Anzahl der Sitze politischer Vertreter*innen auf 1/3 der Sitze
- 113 • Alle politischen Vertreter*innen im Rundfunkrat dürfen ausschließlich nebenamtlich
114 für ihre Partei tätig sein.
- 115 • Die restlichen 2/3 der Sitze im Rundfunkrat sind mit Mitarbeiter*innen/Vertreter*innen
116 des Bayerischen Rundfunks und mit Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Gruppen zu
117 besetzen.
- 118 • für die Wahl der genannten Vertreter*innen hat der BR eine demokratische Struktur
119 zu schaffen
- 120 • die daraus resultierende Komplettänderung des Art. 6 des Bayerischen Rundfunkgesetzes
121
- 122 • Die Abschaffung des Verwaltungsrates, Rechtsgeschäfte sollen in Zukunft von der
123 hauseigenen Abteilung des BR abgewickelt werden
- 124 • Die Übertragung folgender Aufgaben an den Rundfunkrat: Überwachung der
125 Geschäftsführung des/der Intendant*in, Schließung des Dienstvertrages mit dem/die
126 Intendant*in und der Zustimmung zum Abschluss, Abänderung oder Aufhebung von
127 Dienstverträgen. Jegliche weitere Befugnisse, welche über die Funktion der Sicherung
128 der Programmvorgaben geregelt durch den Rundfunkstaatsvertrag hinausgehen, sind
129 untersagt.
- 130 • die Streichung des Artikels 8 gemäß der bereits geäußerten Forderungen
- 131 • die paritätische Besetzung sämtlicher Teile der Gremien
- 132 • Damit die „4te Gewalt im Staat“ frei von politischer Dominanz aktiv zur Sicherung der
133 Demokratie beitragen kann!

Antragsbereich Partei

1 A VII: Transparente Wahlverfahren bei der SPD – Nein zur elektroni- 2 schen Wahlgeräten

3 Antragsteller: Juso-Unterbezirk Bamberg-Forchheim

4 Weiterleitung an: Juso-Landekonferenz; SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-
5 Bundesparteitag

6 Bei der SPD werden in letzter Zeit bei den Wahlen zu den Vorständen statt klassisch analog
7 mit Stimmzettel nun elektronisch mit Wahlgeräten abgestimmt. Dieses Verfahren soll die
8 Wahlen schneller machen und die Ergebnisse können somit unmittelbar nach der Wahl den
9 Delegierten bekannt gegeben werden.

10 Doch bergen diese elektronischen Wahlgeräte einige gravierende Nachteile, welche eine Be-
11 nutzung bei einer demokratischen und geheimen Wahl nicht hinnehmbar sind.

12 Ein wichtiger Grundsatz bei geheimen Wahlen sollte die Nachvollziehbarkeit und Öffentlich-
13 keit des eingesetzten Wahlsystems sein. Bei der klassischen Stimmenabgabe mittels gekenn-
14 zeichneten Stimmzettel ist für jede_n deutlich nachvollziehbar wie die Wahl funktioniert. So
15 kann die geheime Stimmabgabe, die Einbringung der abgebenden Stimme ohne Veränderung
16 in die Wahlurne, die Verwahrung der Stimme in der Urne und das Auszählen der nur in die
17 Wahlurne eingebrachten Stimme von allen öffentlich kontrolliert werden.

18 Bei einer elektronischen Wahl ist dieses nicht mehr für jede Person möglich, denn die Wahl
19 findet nun unter der zur Hilfenahme von „Wahlcomputern“ statt. Die Kontrolle des Wahlvor-
20 ganges ist nicht mehr möglich, da der Wahlvorgang und die Auswertung durch das elektroni-
21 sche Wahlgerät vorgenommen werden.

22 Dadurch ist auch deutlich erschwert Manipulationen der Wahl nachzuweisen, da diese bei
23 elektronischen Wahlgeräten ohne hinterlassene Spuren geschehen kann. So können die Wahl-
24 geräte durch Schadsoftware dazu veranlasst werden die Ergebnisse so zu manipulieren, dass
25 diese bei der Stimmenabgabe anders werten als eigentlich die wahre Wahlintention die_der
26 Wähler_in war. Im Nachhinein ist unmöglich einen Beweis der Manipulation zu führen. Die
27 abgegebene Stimme wird nur elektronisch gespeichert und kann somit auch immer geändert
28 werden.

29 So ist bei keiner Wahl mit elektronischen Wahlgeräten jemals sicher, dass diese nicht manipu-
30 liert und damit das Ergebnis verfälscht wurde. Diese gravierende Unsicherheit ist im Zuge von
31 demokratischen und geheimen Wahlen nicht hinnehmbar. Bei analogen Wahlen auf Stimm-
32 zetteln, das zeigt auch die Geschichte, können Manipulationen so gut wie immer nachgewie-
33 sen werden und Wahlen wiederholt werden, damit diese einwandfrei ohne Manipulation den
34 tatsächlichen demokratischen Willen der Wähler_innen entsprechen.

35 Aufgrund der Unsicherheit von elektronischen Wahlgeräten und -systemen, die nicht gewähr-
36 leisten können, dass bei der demokratischen Wahl, der elektronische Wahlvorgang geheim,
37 öffentlich nachvollziehbar und direkt ist, fordern wir ein Ende des Einsatzes von elektroni-
38 schen Wahlgeräten und –systemen bei der SPD. Der §3 Absatz 3 der SPD Wahlordnung ist so
39 zu ändern, dass der Einsatz von elektronischen Wahlgeräten untersagt ist und bei geheimen
40 Wahlen mit Stimmzetteln abzustimmen ist.

1 A VIII/I: Mitgliederbegehren

2 Antragsteller: Juso-Unterbezirk Hochfranken

3 Mitgliederbegehren sind ein wichtiges basisdemokratisches Instrument unserer Partei. Mit-
4 hilfe dieser haben die Mitglieder an der Basis die Möglichkeit, auf aktuelle Geschehnisse in-
5 nerhalb der Partei zu reagieren. Wir erachten dieses Instrumentarium als eminent wichtig für
6 die parteiinterne Meinungsbildung. Denn die Basis hat sonst lediglich alle zwei Jahre auf den
7 Parteitag die Möglichkeit des Eingreifens.

8 Aus diesem Grund beschließen wir, dass sämtliche Mitgliederbegehren von den Geschäftsstel-
9 len, sobald diese bekannt sind, an alle Juso Mitglieder in Oberfranken weitergegeben werden
10 müssen, auch wenn die Personalanweisungen anders lauten. Denn Beschlüsse der Parteigre-
11 mien, zu deren Ausführung das Personal in den Geschäftsstellen eingestellt ist, sind höher als
12 Personalanweisungen von oben herab zu gewichten.

13 **A VIII/II: Mitgliederbegehren**

14 Antragsteller: Juso-Unterbezirk Hochfranken

15 Weiterleitung an SPD-Bezirksparteitag

16 Mitgliederbegehren sind ein wichtiges basisdemokratisches Instrument unserer Partei. Mit-
17 hilfe dieser haben die Mitglieder an der Basis die Möglichkeit, auf aktuelle Geschehnisse in-
18 nerhalb der Partei zu reagieren. Wir erachten dieses Instrumentarium als eminent wichtig für
19 die parteiinterne Meinungsbildung. Denn die Basis hat sonst lediglich alle zwei Jahre auf den
20 Parteitag die Möglichkeit des Eingreifens.

21 Aus diesem Grund beschließen wir, dass sämtliche Mitgliederbegehren von den Geschäftsstel-
22 len, sobald diese bekannt sind, an alle Partei-Mitglieder in Oberfranken weitergegeben wer-
23 den müssen, auch wenn die Personalanweisungen anders lauten. Denn Beschlüsse der Parteig-
24 remien, zu deren Ausführung das Personal in den Geschäftsstellen eingestellt ist, sind höher
25 als Personalanweisungen von oben herab zu gewichten.

1 **A IX: Wir sind die Zukunft der SPD**

2 Antragsteller: Juso-Unterbezirk Hochfranken

3 Weiterleitung an: SPD-Bezirksparteitag

4 **Vorwort:**

5 Die folgende Resolution ist keine Reaktion auf aktuelle Ereignisse innerhalb des SPD Bezirks.
6 Sie ist ein Ergebnis einer Diskussion über die SPD, den Umgang miteinander, insbesondere mit
7 jungen GenossInnen unter Berücksichtigung der Mitgliederzahlentwicklung der letzten Jahre.
8 Sie ist kein Angriff auf die SPD als solche oder bestimmte GenossInnen.

9 **Umgang mit Neumitgliedern und Jungen GenossInnen:**

10 Der SPD Bezirksvorstand Oberfranken hat treffend analysiert, dass der SPD ein starker Mittel-
11 bau (Mitglieder zwischen 35 und 50 Jahren) fehlt, da diese in einer Zeit hoher Mitgliederzahlen
12 als Sie noch Jusos waren von MandatsträgerInnen und FunktionärInnen als Konkurrenz ange-
13 sehen wurden. Sie wurden daher nicht genügend gefördert oder sogar ausgebremst. Aus die-
14 sem Grund verließen viele die Partei und wechselten unter anderem zu den Freien Wählern.
15 Dieser Analyse schließen wir uns an.

16 Diese Entwicklung können wir nicht mehr rückgängig machen, aber aus diesen Fehlern muss
17 die Partei lernen. Gerade in der jetzigen Situation ist die Förderung von jungen und/oder
18 neuen Mitgliedern essentiell. Deshalb verpflichten wir uns, junge und neue Mitglieder zu för-
19 dern, indem wir Sie stark in die Parteistrukturen einbeziehen ohne diese aber zu überfordern.

20 Wir verpflichten uns junge und neue Mitglieder nicht als Konkurrenz anzusehen, weder für
21 parteiinterne noch für öffentliche Ämter. Wir wissen, dass nur durch gut ausgebildete Mitglie-
22 der frei werdende Posten gut ausgefüllt werden können, die Parteijugend – also die Jusos –
23 sind die Zukunft der SPD.

24 Wir verpflichten uns dazu, bei Listenaufstellungen für Kreistags- und Stadtratswahlen der
25 kreisfreien Städte und Städten mit Leuchtturmwirkung sowie parteiinterne Delegationen und
26 Personalvorschläge junge KandidatInnen auf aussichtsreiche Listenplätze zu setzen, um Sie zu
27 unterstützen und Ihnen damit die Chance zu geben, in der Öffentlichkeit bekannter zu werden.
28 Dabei wird der/die KandidatIn für den „Jungen Listenplatz“ nicht vom jeweiligen Vorstand ver-
29 geben. Er wird in Rücksprache mit dem jeweiligen Juso-Unterbezirk oder dem Juso-Bezirk be-
30 setzt. Das hat nicht den Hintergrund, dass die Jusos in die jeweiligen Untergliederungen hin-
31 einreden wollen. Da durch die Jusos die (Neu)Mitgliederschulung fast ausschließlich alleine
32 durchgeführt wird, haben diese einen besseren Überblick über die aktuelle Personalsituation
33 der Jusos.

34 Wir verpflichten uns, ein besonderes Augenmerk auf die Frauenförderung zu legen. Wir er-
35 mutigen Frauen für parteiinterne und öffentliche Ämter zu kandidieren. Wir setzen sie nicht
36 unter Druck, wenn Sie auf die Quotierung bestehen sondern wir ermutigen sie dazu.

37 Beim Umgang mit neuen und jungen Mitgliedern geht es nicht lediglich um Ämterbesetzung.
38 Wir binden die neuen und jungen Mitglieder in unsere thematischen Entscheidungsfindungen
39 stark mit ein. Dabei verlassen wir uns nicht darauf, dass die Initiative hierzu von ihnen selbst
40 kommt. Denn gerade Neumitglieder sind noch etwas zurückhaltend, da sie weder die Perso-
41 nen noch die Parteistruktur gut kennen.

42 Deshalb setzen wir bei thematischen Diskussionen innerhalb der SPD die Jugendpolitik stärker
43 in den Fokus, ohne die Jusos dabei zu übergehen. Wir respektieren jeden Vorschlag eines
44 Neumitglieds und entgegenen ihm nicht mit Floskeln wie „Das war schon immer so.“ oder „Das
45 haben wir schon probiert.“ Junge Mitglieder müssen ihre Erfahrungen selbst machen und be-
46 nötigen dazu Freiraum zu Entfaltung.

47 Wir wissen, wie wichtig die Jusos für die Parteiarbeit sind. Gerade in Wahlkampfzeiten sind
48 die Jusos mit Aktionsständen bei Wind und Wetter vertreten und zeigen dabei sehr große Ei-
49 geninitiative. Wir unterstützen die Jusos dabei.

50 Der Umgang der Unterbezirke im Bezirk Oberfranken

51 Wir sind der Bezirk Oberfranken. Er umfasst die Unterbezirke Bamberg-Forchheim, Bayreuth,
52 Coburg-Kronach, Hochfranken und Kulmbach-Lichtenfels. Wir sind eine Gemeinschaft.

53 Wir wissen, dass wir nicht in Klein-Klein-Denken fallen und in Konkurrenz zueinander stehen
54 dürfen. Es gilt die Interessen der Region „Oberfranken“ gemeinsam und gestärkt zu vertreten.
55 In einer Welt, in der gemeinsame regionale Vermarktung und Interessenvertretung notwendig
56 ist, ist Kirchturmdenken falsch.

57 Bei Wahlen für Vorstandsposten, Delegiertenämter und Vorschläge für öffentliche Mandate,
58 darf es nicht darauf ankommen, aus welchem Unterbezirk die KandidatInnen stammen. Einzig
59 Qualifikation, Eignung und Zukunftsperspektive sind ausschlaggebend.

60 Im Vorfeld von Personalentscheidungen für Delegationen zu Parteitagen, Vorschläge für hö-
61 here Ebenen und Besetzung des SPD-Bezirksvorstand setzen sich:

- 62 1. der/die Bezirksvorsitzende der SPD,
- 63 2. die SPD-Unterbezirksvorsitzenden,

- 64 3. der/die Juso-Bezirksvorsitzende und
65 4. die AsF Bezirksvorsitzende

66 zusammen, um eine gerechte Verteilung der Ämter auch unter Berücksichtigung der Jugend-
67 förderung und Frauenförderung zu gewährleisten. In dieser Aufzählung ist die AG 60plus nicht
68 enthalten. Das ist keine Geringschätzung der älteren und verdienten GenossInnen, sondern
69 dem Umstand geschuldet, dass diese ausreichend bekannt sind und keine besondere Lobby
70 benötigen.

71 Wir begreifen die Arbeit der Jusos als Chance, die Unterbezirks-Grenzen zu überwinden, da
72 diese bei den Jusos keine Rollen spielen. Nur dadurch werden diese überwunden. Alte festge-
73 fahrene Positionen können nur selten aufgeweicht werden. Aus diesem Grund verpflichten
74 wir uns, die Jusos als Zukunft der Partei zu unterstützen, dass aus dem Bezirk Oberfranken
75 eine feste und starke Gemeinschaft wird.

76 Feste und starke Gemeinschaften sind das Fundament für Wahlerfolge und eine gute Partei-
77 zukunft der SPD in Oberfranken.

Antragsbereich Pflege und Gesundheit

1 **A X: § 7 Abs. 3 PflegeZG anpassen - Großeltern der Ehepartner_innen/
2 Lebenspartner_innen/ Partner_innen einer eheähnlichen oder leben-
3 partnerschaftsähnlichen Gemeinschaft unter § 7 Abs. 3 des PflegeZG
4 aufnehmen**

5 Antragsteller: Arbeitsgruppe Pflege des Bezirksvorstands (über den Bezirksvorstand)
6 Weiterleitung an: Juso-Landekonferenz; Juso-Bundeskongress; SPD-Bezirksparteitag, SPD-
7 Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

8 In der heutigen Zeit kommt es immer häufiger vor, dass Ehepartner_innen/Lebenspartner_in-
9 nen/Partner_innen einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft
10 (nachfolgend Partner_in) die Großeltern des/der Partners_in pflegen.

11 Diese/r Partner_in ist es nach der gültigen Begriffsbestimmung der/des nahen Angehörigen in
12 § 7 PflegeZG nicht möglich von den Regelungen des Pflegezeitgesetzes und des Familienpfe-
13 gezeitgesetzes profitieren.

14 Ziel beider Gesetze ist es, Beschäftigten die Möglichkeit zu eröffnen, pflegebedürftige nahe
15 Angehörige in häuslicher Umgebung zu pflegen und damit die Vereinbarkeit von Beruf und
16 familiärer Pflege zu verbessern.

17 Wir Jusos in der SPD stehen für einen modernen Begriff der Familie und damit auch für einen
18 modernen Begriff des nahen Angehörigen. Für uns macht daher keinen Unterschied machen,
19 ob die eigenen Großeltern oder die Großeltern des/der Partners_in gepflegt werden.

20 Wir fordern:

21 **Großeltern der Ehepartner_innen / Lebenspartner_innen / Partner_innen einer eheähnli-
22 chen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft werden unter § 7 Abs. 3 des Pfl-
23 egeZG als Nahe Angehörige aufgenommen.**

1 A XI: Supermarktreform – Weniger Stress beim Einkaufen

2 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

3 Weiterleitung an: Juso-Landekonferenz; Juso-Bundeskongress; SPD-Bezirksparteitag, SPD-
4 Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

5 Stress kann zur Beeinträchtigung des Stoffwechsels und zur generellen Beeinträchtigung von
6 Heilungsverläufen führen. Stress ist ein (Mit)Verursacher von Übergewicht. Stress ist daher
7 ein ernstzunehmender Faktor für unser Gesundheitssystem. Stress überfordert die Menschen,
8 diese benötigen ärztliche Hilfe und verursachen damit hohe Kosten. Da die Krankenversiche-
9 rungen jedoch schon jetzt an ihren finanziellen Grenzen angekommen sind, und Zusatzbei-
10 träge erheben müssen, die die Arbeitnehmer_innen ungerecht belasten, müssen dringend
11 Konzepte gefunden werden, die die Auslöser von Stress minimieren.

12 Einem großen Auslöser von Stress begegnen wir fast täglich: Einkaufen. Insbesondere vor Fei-
13 ertagen – denn die Geschäfte haben nicht nur an Feiertagen geschlossen, sondern auch für
14 mindestens sieben Tage danach – ist der Stress besonders hoch: Volle Gänge in den Märkten,
15 hohe Gefahren, von anderen Miteinkäufer_innen mit deren Wagen überfahren zu werden,
16 nervige Musik, grelles Licht, grelle Preisschilder und Werbemonitore sind nur einige Beispiele.

17 Daher fordern wir eine tiefgreifende Supermarktreform, die die Stressfaktoren beim Einkau-
18 fen zum Wohle unseres Gesundheitssystems und der Volkswirtschaft minimieren soll. Als „Su-
19 permarkt“ im Sinne dieses Antrages gelten alle Ladengeschäfte, die mehr als zwei Kassen oder
20 mehr als 200 m² Verkaufsfläche haben.

- 21 1. Oft kommen Einkäufer_innen schon gestresst in den Supermarkt, da sie privat und/o-
22 der beruflich mit Produkten von Microsoft zu tun haben. Daher erhalten alle Nuter_in-
23 nen von Microsoft Produkten sowie der so genannten Spiele Schmiede „Kalypso“ als
24 Ausgleich 10 % Rabatt auf ihren Einkauf. Apple Nutzer_innen hingegen sind ohnehin
25 schon entspannter. Sie erhalten keine Sonderpreise. Dafür müssen die Krankenkassen
26 die Anschaffung von Apple Produkten fördern (Außer dem iPhone, das zerbricht sobald
27 man sich darauf setzt).
- 28 2. In den Supermärkten werden separate Laufwege eingerichtet, die nicht mit dem Ein-
29 kaufswagen befahren werden dürfen. An Kreuzungen der Laufwege mit den Wegen
30 für die Einkaufswagen werden Zebrastreifen eingerichtet. An denen sind die Einkäu-
31 fer_innen mit Einkaufswägen den Einkäufer_innen ohne Einkaufswägen wartever-
32 pflichtet. Rollstuhlfahrer_innen und Menschen mit Kinderwagen gelten als Einkäu-
33 fer_innen mit Einkaufswagen.
- 34 3. An allen Kreuzungen von Wegen für Einkäufer_innen mit Einkaufswägen gilt die Rege-
35 lung „links vor rechts“ Ausnahmeregelungen davon sind durch allgemein verständliche
36 Beschilderungszeichen oder Wechsellichtzeichenanlagen kenntlich zu machen. Die Re-
37 gelung „Links vor Rechts“ soll dabei der Standard bleiben, da nur diese eine echte so-
38 zialistische Regelung ist.
- 39 4. Alle Einkäufer_innen mit Einkaufswagen sind der Richtgeschwindigkeit von 10 Kilome-
40 tern pro Stunde unterworfen.
- 41 5. Ordnungskräfte sind zu Alkoholkontrollen im Supermarkt berechtigt. Bei einem zu ge-
42 ringen Alkoholwert im Blut ist mit Gratis Asbach-Cola Abhilfe zu schaffen. Privatversi-
43 cherte erhalten wahlweise Whisky-Soda.

- 44 6. Um den Stress, der durch die Musik ausgelöst wird, hat jede_r Einkäufer_in die Mög-
45 lichkeit, beim Betreten des Supermarktes einen Musikwunsch abzugeben, der ver-
46 pflichtend innerhalb von 15 Minuten gespielt werden muss. So ist gewährleistet, dass
47 jedem/jeder mindestens ein Lied gefällt. Einmal alle 15 Minuten ist die Internationale
48 abzuspielen und abzusingen. Werden keine oder nur unzureichend viele Musikwün-
49 sche abgegeben, haben die Mitarbeiter_innen (bei vollem Lohnausgleich) Arbeiterlie-
50 der über die Lautsprecheranlage zu singen.
- 51 7. Als sozialistische Weltsprache kann nur eine Sprache dienen, die von keinem Volk der
52 Erde gesprochen wird. Sonst wäre immer ein Volk bevorteilt. Daher sehen wir lediglich
53 Standard Galactic Basic als offizielle Weltsprache an. Auch der Supermarkt hat eine
54 Bildungsfunktion, daher wird im 15-minütigen Rhythmus über die Lautsprecheranlage
55 eines jeden Supermarkts weltweit die Sendung Telekolleg Standard Galactic Basic aus-
56 gestrahlt. Diese Sendung ist interaktiv zu gestalten. Während der Ausstrahlung müssen
57 die Einkäufer_innen inne halten und die linguistischen Anweisungen der Sendung be-
58 folgen. Dies dient zugleich der Weiterbildung, der Entspannung und schafft ein Ge-
59 meinschaftsgefühl. Die Sendung wird von TV Oberfranken produziert.
- 60 8. Der/Die Kassier_in hat den/die Einkäufer_in nach dem Zahlungsvorgang mit einem
61 freundlichen „Quapla“ zu verabschieden.
- 62 9. Zur besseren Verständlichkeit der Einkäufer_innen werden sämtliche Durchsagen im
63 Supermarkt in Standard Galactic Basic gehalten. Als Übersetzungsbeauftragter wird
64 Falko Tesch eingesetzt.
- 65 10. Die AGBs sind ausschließlich in Standard Galactic Basic zu verfassen und für alle sicht-
66 bar im Supermarkt aufzuhängen. Für die Umsetzung des Standard Galactic Basic in
67 Blindenschrift wird ein Arbeitskreis bestehend aus Mitgliedern der Arbeitsgemein-
68 schaft für Bildung, der AG Selbst Aktiv, der AG Migration und der AG Interstellar gebil-
69 det. Die Schwitzsos werden beauftragt, für die richtige Atmosphäre zu sorgen.
- 70 11. An Warteschlangen an Metzger-, Bäckertheken und im Kassenbereich, ist für die Un-
71 terhaltung der Einkäufer_innen durch Artist_innen, Clowns und Magier_innen und
72 freischaffende Alleinunterhalter_innen mit Piano und jonglierenden Katzen zu sorgen.
- 73 12. Für Menschen, die lediglich bis maximal zehn Artikel einkaufen wollen, wird eine Ge-
74 ring-Umsatz-Zone eingerichtet. In dieser geben sie ihren Einkaufszettel ab. Sie erhalten
75 ihre maximal zehn Artikel durch das Verkaufspersonal und werden dann in der Gering-
76 Umsatz-Zone abkassiert. Dadurch werden diese Menschen keinem Einkaufsstress aus-
77 gesetzt. In der Gering-Umsatz-Zone wird dieses besonnene Einkaufsverhalten durch
78 ein Gratis-Seidla oder einen Gratis-Weinschoppen belohnt. Diese Getränke kann der
79 Supermarkt über die Krankenkasse des/der Einkäufer_in abrechnen.
- 80 13. An Werktagen vor Feiertagen mit traditionell hohem Einkaufsvorkommen werden be-
81 sondere Schutzmaßnahmen ergriffen: Spezielle Schutzkleidung schützt die Einkäu-
82 fer_innen vor Gesundheitsgefährdungen. Diese müssen aufblasbare Bälle, so ge-
83 nannte „Bodyairbags“ tragen, um ihren Körper vor Beeinträchtigungen zu schützen.
84 Diese „Bodyairbags“ müssen transparent sein. Dennoch muss darunter mindestens
85 eine Warnweste getragen werden, um jederzeit erkennbar zu sein.
- 86 14. Wir verurteilen ein Zwei-Klassen Gesundheitssystem, müssen mit diesem aber zurzeit
87 leben. Da wir die Ausgestaltung der Supermarktreform für privat Versicherte nicht
88 gänzlich den privaten Krankenkassen überlassen wollen, setzten wir folgende Maß-
89 stäbe:

- 90 a. Privat krankenversicherte Menschen erhalten einen eigenen Kassenbereich,
91 der ohne Impulskaufzonen zu gestalten ist. An den Warteschlangen darf maxi-
92 mal ein Getränk plus drei Häppchen pro Einkäufer_in verteilt werden.
- 93 b. In der Nähe des Kassenbereichs darf für privat Krankenversicherte eine Lounge
94 eingerichtet werden, in der diese auf ihren Einkauf warten, der durch eine_n
95 Mitarbeiter_in des Supermarkts besorgt wird. Denn das mindert das Stressrisiko
96 auch für gesetzlich versicherte und trägt zur Beruhigung der Verkaufsfläche bei.
97 Die Lounge ist nach Möglichkeit zu klimatisieren und mit W-Land sowie einer
98 Minibar auszustatten. Außerdem ist sie mit Pay-TV, insbesondere der Fußball
99 Bundesliga, auszustatten.
- 100 c. Mitglieder der SPD, ausgenommen Mitglieder des „Seeheimer Kreises“ sowie
101 Sigmar Gabriel, gelten in jedem Supermarkt als privat Krankenversicherte.
- 102 15. Supermärkte können auch als Genossenschaftsmärkte gegründet werden. In diesen
103 können Genoss_innen auch zwei Minuten vor offiziellem Ladenschluss noch Aufschnitt
104 bestellen, auch wenn die Wurst-Schneidemaschine schon geputzt wurde. Das gilt ana-
105 log auch für die Käsetheke.
- 106 16. Viele Menschen gehen abends von der Arbeit stresserfüllt noch einkaufen. Damit brin-
107 gen sie unnötigen zusätzlichen Stress in den Supermarkt. Daher wird für diese ein
108 Glücksrad aufgestellt. Sie dürfen daran einmal drehen und erspielen sich so ein voll-
109 wertiges Abendessen, dessen Zutaten darauf von einem/einer Mitarbeiter_in gebracht
110 wird. Allergiker_innen dürfen bei Bedarf nochmals drehen, bis ein Menü gefunden
111 wird, das sie ohne Probleme zu sich nehmen können. Das Glücksrad ist wöchentlich
112 mit neuen Gerichten/Rezepten zu versehen.
- 113 17. Für Allergiker_innen müssen in jedem Supermarkt Ernährungsberater_innen zur Ver-
114 fügung stehen. Für unentschlossene hingegen werden die zu kaufenden Produkte ge-
115 pendelt oder mit den Karten gelegt.
- 116 18. Für Esoteriker_innen kann in der Kaffee-Abteilung Kaffeersatzlesen angeboten werden.
- 117 19. Kindern sowie Steffi Gröger wird das Quengeln und Betteln nach Einkäufen verboten.
- 118 20. Als Arbeiter_innen-Partei liegen uns die Rechte der Belegschaft der Supermärkte sehr
119 am Herzen. Daher ist jedem/jeder Mitarbeiter_in eine bezahlte Mittagspause von ma-
120 ximal drei Saunagängen zuzüglich Ruhezeit und ausreichend Getränken zu gewähren-
121 dementsprechende Räumlichkeiten sind einzurichten.
- 122 21. Für die Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen wählt einen Supermarkt-Be-
123 auftragen/eine Supermarktbeauftragte. Dieser Posten ist verpflichtend auch in jedem
124 Ortsverein zu besetzen.
- 125 22. Bei Verstößen gegen die Supermarktreform, müssen die Geschäftsführer_innen die
126 jährliche Weihnachtsfeier der Arbeitsgemeinschaft der Saunagängerinnen und Sau-
127 nagänger – Die Schwitzsos“ ausrichten und über sich ergehen lassen.

Antragsbereich Straßenverkehr

1 A XIII: Standardisierung von Abschleppösen

2 Antragsteller: Jusos Bezirksvorstand

3 Zur Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Jusos Landeskonferenz, SPD Landesparteitag,

4 SPD Bundesparteitag, bayerische Europaabgeordnete, SPE-Kongress

5 Wir fordern, dass Abschleppösen EU-weit standardisiert werden. Abschleppösen, sind Ösen,
6 die an ein Auto geschraubt werden. Diese Ösen ermöglichen es dann dem Abschleppdienst,
7 das betreffende Fahrzeug abzuschleppen. Jedoch hat jedeR HerstellerIn hier seine eigene Va-
8 riante. Es gibt dickere, dünnere sowie links- und rechtsdrehende Gewinde.

9 Meistens sind die Abschleppösen beim Ersatzrad untergebracht. Dennoch ist nicht gewähr-
10 leistet, dass die Abschleppöse damit immer erreichbar ist. Gerade bei Unfällen sind die Fahr-
11 zeuge meist derart deformiert, dass man nicht an die Abschleppöse kommt.

12 Daher fordern wir, die Standardisierung von Abschleppösen innerhalb der Europäischen
13 Union. So kann der Abschleppdienst stets diese mitführen und sie passt an jedes Fahrzeug.
14 Pannen- und Unfallstellen werden so schneller geräumt, was zur Verkehrssicherheit beiträgt.